

Dresdner Volkszeitung

Organ für das werktätige Volk
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Vertrieb: Dresden, K. 1208, Raben & Comp. Druckerei: Köhler & Wittenberg, Dresden. Preis: 10 Pf. pro Stück. Abonnement: 30 Pf. pro Quartal. Ausland: 40 Pf. pro Quartal. Postamt: Dresden, K. 1208. Telegraf: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 97 Dresden, Dienstag, den 26. April 1932 43. Jahrgang

Das Dunkel in Preußen

Was nun?

Die Möglichkeiten - Die Entscheidung liegt beim Zentrum

Die Dinge in Deutschland sind nach dem Wahlnachmittag vom 24. April noch verworrener als zuvor. Es ist zwar eine Vereinfachung im Parteiensystem eingetreten; denn aus der Vielheit politischer Parteien und der Zahl der Splitter, die dem preussischen Stimmzettel eine geradezu phantastische Länge verliehen haben, haben sich lediglich fünf große Parteien herausgehoben, die als politische Machtfaktoren in Betracht kommen: Sozialdemokratie, Nationalsozialisten, Zentrum, Kommunisten und Preussische Volkspartei.

Die Position der Sozialdemokratie und ihre Stärke haben eine grundlegende Veränderung nicht erfahren, wenn auch aus grundsätzlichen Gründen die Presse der Rechten mit lautem Geschrei die Behauptung aufstellt, daß die Sozialdemokratische Partei ein Viertel ihres Bestandes verloren habe. Diese Behauptung ist nur möglich mit Hilfe eines feinen Rechenstreichs, indem man die Veränderung des Wahlquotienten von 40 000 auf 50 000 in Preußen unverändert läßt. In Wahrheit hat die Sozialdemokratie in Preußen gegenüber der letzten Reichstagswahl nur etwa 6,7 Prozent ihrer Stimmen eingebüßt, während beispielsweise die Kommunisten 10 Prozent verloren haben, von den Nationalsozialisten und der bürgerlichen Mitte gar nicht zu reden!

Wenn aber auch das Parteiensystem einfacher geworden ist, so sind dafür die Regierungsverhältnisse um so komplizierter geworden. Die Position der Regierung Brüning im Reich war durch den Bestand der bisherigen preussischen Regierung untermauert. Diese Grundlage ist jetzt nicht mehr vorhanden, vielmehr sind in Preußen ähnliche Verhältnisse wie in Sachsen und Hessen eingetreten, nur mit dem Unterschied, daß die Lage in Preußen viel ernster ist, da Preußen eben drei Fünftel des Reiches darstellt. Man muß deshalb die Dinge in Preußen, wie sie sich nach der Wahl gestaltet haben, nüchtern ins Auge fassen. Von 422 Mandaten hat die Rechte 203, davon besitzen die Nationalsozialisten allein 162. Die bisherige Regierungskoalition hat 162 Mandate, die Kommunisten haben 57 Mandate. Gegen eine Regierungsbildung der Rechten allein stünden demnach 219 Mandate. Daraus ergibt sich, daß

eine Regierung der Rechten allein nicht möglich

ist — es müßte denn sein, daß die Kommunisten diese Reichsregierung ermöglichen wollten, was nicht anzunehmen ist angesichts der Betroffenheit, die sich im kommunistischen Lager über den Wahlausgang zeigt. Eine parlamentarische Regierung der bisherigen Koalition ist ebenfalls nicht möglich, sie ist weit in die Minderheit verfehl worden.

Es bliebe zunächst der Ausweg, daß angesichts der Unmöglichkeit, im neuen Landtag eine Mehrheit für einen Ministerpräsidenten zusammenzubekommen, die bisherige Regierung nach dem Beispiel der Regierungen von Sachsen und Hessen die Geschäfte weiterführt, vielleicht gestützt vom Reich her. Demgegenüber kündigt die Rechte heute schon vorwiegend Anträge auf Auflösung des Landtags an, wobei sie damit rechnet, daß sie für solche Anträge die Unterstützung der Kommunisten finden könnte.

Eine weitere Eventualität ist, daß die Rechte versucht, im Landtag mit ihrer relativen Mehrheit einen nationalsozialistischen Ministerpräsidenten zu wählen. Zu diesem Zwecke müßte vorher die Veränderung der Geschäftsordnung rückgängig gemacht werden, die die absolute Mehrheit für die Wahl des Ministerpräsidenten vorschreibt. Diese Rückgängigmachung wäre nur möglich mit Hilfe der Kommunisten. Es müßten dann also die Kommunisten gemeinsam mit der Rechten die Möglichkeit zur Wahl eines nationalsozialistischen Ministerpräsidenten schaffen, um dann hinterher mit der Linken ihn sofort zu stürzen mit dem Effekt, daß die Rechtsregierung als geschäftsführende Regierung bliebe!

Schließlich besteht die Möglichkeit, daß das Zentrum sich zu einer Koalition mit den Nationalsozialisten entschließt. Beide Parteien haben mit 229 Mandaten eine absolute Mehrheit. Es ist selbstverständlich, daß wenn die Sozialdemokratie in Preußen in die Opposition tritt, während Zentrum und Nationalsozialisten gemeinsam eine Regierung bilden,

auch die Dinge im Reich nicht unberührt bleiben können.

Schon jetzt stellt die nationalsozialistische Presse die Frage an den Reichskanzler, ob er glaube, daß er beim Zusammentritt des Reichstags Anfang Mai noch eine Mehrheit hinter sich haben werde.

Das preussische Kabinett tritt am Dienstag zu einer Vorgesprächung der nach den Wahlen geschaffenen Lage zusammen. Es ist nötig, daß man sich nicht nur die Möglichkeiten eines Regierungswechsels in Preußen vor Augen hält, sondern nunmehr auch die wichtigsten außenpolitischen Verhandlungen und neue Erörterungen der finanziellen Situation in Reich, Ländern und Gemeinden in Gang kommen werden. Denn nach den Wahlen ist die Zeit der Versprechungen ins Blaue hinein und der Erweckungen von Illusionen vorüber, und der Ernst des Lebens beginnt auch für die Parteien, die bisher in gewissenloser und unverantwortlicher Agitation den Wählern blauen Dunst vorgemacht haben!

Die Parteien im Landtag

Die Verteilung der zum Preussischen Landtag neuergewählten Abgeordneten auf die einzelnen Listen ist folgende: Gesamtzahl der Abgeordneten: 422.

- a) Direkt gewählt: 356.
- b) Durch Verbindungen in den Wahlkreiserwerbungen gewählt: 31.
- c) Nach der Landesliste gewählt: 41.

Die Verteilung auf die einzelnen Parteien ist folgende:

| Partei | a) direkt | b) Wahl-verbündung | c) nach Landesliste | zusammen |
|------------------------------|-----------|--------------------|---------------------|----------|
| Sozialdemokraten | 82 | 6 | 5 | 93 |
| Deutschnationale | 19 | 4 | 8 | 31 |
| Zentrum | 55 | 7 | 5 | 67 |
| Kommunisten | 45 | 7 | 5 | 57 |
| Deutsche Volkspartei | — | 4 | 3 | 7 |
| Staatspartei | — | 1 | 1 | 2 |
| Nationalsozialisten | 149 | 1 | 13 | 162 |
| Deutsch-Dänischer | — | 1 | — | 1 |
| Christl.-sozial, Volksdienst | — | 1 | 1 | 2 |

Alle übrigen Parteien haben weder in einem Wahlkreis noch in einem Wahlkreisverband die erforderliche Stimmenzahl erreicht.

Der Preussische Landtag wird auf vier Jahre gewählt. Da der letzte Landtag am 20. Mai 1928 gewählt wurde, läuft auch sein Mandat bis zum 19. Mai 1932. Der neue Landtag kann erst nach diesem Termin zusammenberufen werden. Die Deutschnationalen haben schon eine Eingabe an den preussischen Ministerpräsidenten gemacht, er möge den vierjährigen Landtag jetzt sofort auflösen, damit der neue Landtag möglichst schon morgen zusammenzutreten könne. Es ist interessant, daß die Deutschnationalen von Cies-Braun eine solche gewaltsame Diktaturverfügung fordern, da sie doch über seine „rote Diktatur“ nicht genug schreiben konnten.

Keine Sieger

Von Paul Löbe, Präsident des Reichstags

Der Großwahltag am 24. April brachte eine Anzahl beachtenswerter Tatsachen, die für unser weiteres Ringen von höchster Bedeutung sind — je schwerer der Kampf wird, um so klarer müssen wir den Dingen ins Auge sehen.

Das augenfälligste am Wahlergebnis ist die Vereinfachung des Parteiensystems in Deutschland. Nach der toten Zerspaltung, die uns in den letzten zehn Jahren befeuert war und für die der gegenwärtige Reichstag noch ein Beispiel ist — er umfaßt fünfzehn Parteigruppen — steuern wir deutlich auf das Zwei-Parteiensystem zu: Zwei auf der Linken, zwei auf der Rechten, und das Zentrum als einzige Mittelpartei. Soweit die Wähler selbst sich von den Splitterparteien noch nicht losgemacht haben, sind ihre Stimmen einfach verloren, so beim Landvolk, bei der Wirtschaftspartei, bei der Jungen Rechten, zum Teil auch bei den Christlichsozialen und der Staatspartei, erst recht bei der bedeutungslosen Sozialistischen Arbeiterpartei, die überhaupt in ganz Preußen nur 34 000 Stimmen erzielte. Dabei ist die Rechte viel stärker als die Linke, denn die beiden nationalsozialistischen Gruppen sind zu einem gewaltigen Block zusammengewachsen, während die beiden Linksparteien nicht nebeneinander, sondern gegeneinander stehen.

Die Rechte gebürdet sich in ihrem nationalsozialistischen Teil früher als Vertreterin neuer Ideen, einer in die Zukunft gerichteten Politik, was ihr zweifellos die Stimmen großer Teile der Jungwähler zuführte. Erst in den letzten Tagen hat sie den Kopf rückwärts gewandt, offen bekannt, daß „Preußen wieder preussisch“ werden müsse. In dieser Parole kommt die innere Wandlung der regierungswilligen Nationalsozialisten zum Ausdruck.

Wer marschiert heute hinter Hitler und dem Hakenkreuz einher? Es sind alle uns wohl- bekannten Mächte im alten Preußen, die sich plötzlich als Nationalsozialisten drapieren. Da sind die Großgrundbesitzer des Ostens, die Grafen Eulenburg, Redlich, Kaldreuth, die Herren von Hentrich und Köckeritz, die sich das braune Hemd überwarfen, damit das Volk seine alten Rabenbeinchen nicht so recht erkennt. Da sind die Generale und Admirale, die Ribbentrop, von der Goltz und Epp, die sich eine Welt nicht denken können, in der das Volk vor ihren roten Aufschlägen nicht strammstehen will. Da sind die Prinzen und Fürsten, die August Wilhelm und Friedrich Wilhelm, Fürst von Lippe, Herzog von Koburg, die plötzlich alle Mitglieder der Arbeiterpartei geworden, ehe sie nach richtig zum Arbeiten gekommen sind. Da sind die Schwerindustriellen von Thyssen und Kirdorf bis zum ganzen Reichsverband der deutschen Industrie, die schon in Garsburg dem Gefreiten Hitler brüderlich die Hände drückten. Alles was im alten Preußen und Deutschland die Reaktion verkörperte, erscheint heute unter dem Hakenkreuz wieder und erträumt sich im Dritten Reich das alte Preußen mit seiner Entrechtung der Armen, seiner Bevorzugung von Bildung und Besitz (das heißt des Gelds) und seiner Vorkerkerschaft der „besseren Rasse“ (das heißt des Adels) und seiner Unterwerfung aller übrigen Volksschichten. Sollten

Weg mit den Zersplitterern

Die verlorenen Stimmen der SA.

Die vor Jahresfrist unter Führung von Seydewitz und Rosenfeld von der Sozialdemokratie abgespaltene SA hat es bei der Preußenwahl auf insgesamt 80 437 Stimmen gebracht. Da sich diese Stimmen in Kosten zu wenigen Tausenden auf die einzelnen Wahlkreise verteilen (die Höchstzahl der SA wurde noch im Wahlkreis Breslau mit etwa 14 000 erreicht), so entfällt auf sie ein Mandat nicht. Zusammen mit unterwertigen Reststimmen der Sozialdemokratie für Liste 1 abgegeben, hätten diese Stimmen der Linken einen Zuwachs von zwei Mandaten gebracht, an sich nicht viel, aber doch bedeutungsvoll in einer Situation, in der es auf jeden Parlamentssitz ankommt. Statt dessen sind die 80 000 SA-Stimmen nutzlos versetzt.

Noch größer ist der Schaden, der durch die zersplitternde Agitation angerichtet wird. Er ist zahlenmäßig überhaupt nicht zu berechnen. Die Geschichte der linken Splitterparteien beweist nur, daß ihnen das Drauflosberufen auf Sozialdemokratie, Gewerkschaften und

„Reformismus“ gar nichts nützt, sondern nur der Gesamtbewegung schadet, weil dieser sinnlose Spalterkrieg bei indifferenten und vom Sozialismus nicht genügend erfahnten Teilen des Volkes den Anschein erweckt, als müßten die Sozialisten selbst nicht, was sie wollen, und weil es den Gegnern ein leichtes ist, die Angriffe der Spalter gegen die Sozialdemokratie zu verwenden. Darum wirkt es hochförmlich und lächerlich, wenn jetzt die SA wieder mal mit einem Aufruf zur „Einigung der sozialistischen Arbeiterkraft“ aufzordert. Erst spalten, dann einigen — so können nur Deute reden und denken, die sich den demokratischen Gesetzen und dem Marschbrotismus großer Bewegungen nicht eingliedern können. Aber die Preußenwahl hat bewiesen, daß die sozialistische Wählerkraft für diese Sorte „Einiger“ nichts übrig hat. Wenn die Seydewitzer wirklich etwas für den Zusammenschluß der Massen tun wollen, dann mögen sie auf ihr lächerliches, kümmerliches Splitterdasein freiwillig verzichten. Alles andere ist Quatsch.